

## Zur aktuellen Frankfurter Planungs(un)kultur

Die von der Hessischen Architekten- und Stadtplanerkammer herausgegebene Schrift „Architektenwettbewerbe in Hessen 2001“ dokumentiert 42 Hochbau-, Städtebau- und Landschaftsarchitekturkonkurrenzen, die in jenem Jahr in dem Bundesland entschieden wurden. Knapp die Hälfte davon wurde in Frankfurt abgehalten, die prestigeträchtigen und höchst dotierten ohnehin. Blickt man auf die vergangenen eineinhalb Dekaden zurück, so fanden Architekten, die sich in solchen Wettstreiten messen, am Main ein reiches Betätigungsfeld. Zu wichtigen öffentlichen oder privaten Bauaufgaben wurden mehrere Entwürfe vorgelegt. Freilich nicht für jede. Und: 2001 gab es lediglich zwei vollkommen offene Realisierungswettbewerbe, alle anderen waren begrenzt. Ob nun mit vorgeschalteten Bewerbungsverfahren zur Auslosung, ob vorgeschaltetes VOF-Verfahren, ob kombinierter Realisierungswettbewerb mit Teams aus Architekten und Generalunternehmern, ob Einladungswettbewerb oder Mehrfachbeauftragung: Teils aus ökonomischen Erwägungen, teils wegen Klientelismus ging es darum, die Anzahl der Beteiligten möglichst gering zu halten und auf große Büros zu beschränken. Falls doch ein Wettbewerb offen gehalten wurde, sieht man auf den ersten Preisrängen meist neue, zumindest nicht die ewig gleichen, Investoren-bewährten Namen.

In dieser Hinsicht spiegelt der Wettbewerb um den Neubau der Europäischen Zentralbank, EZB, in Frankfurt nur das Übliche. Neben den gängigen Referenzen forderte der Bauherr von den 70 „etablierten“ Büros, dass sie in den vergangenen fünf Jahren ein Gebäude von mindestens 50.000 Quadratmetern geplant haben sollten und innerhalb der vergangenen drei Jahre einen Mindesthonorarumsatz von drei Millionen Euro aufweisen können – zehn „emerging architects“ waren davon ausgenommen. Damit war der Großteil der örtlichen Architekten – darunter auch bekannte Büros – aus dem Rennen. Manch schlauer Kollege schloss sich mit größeren Büros zusammen, was zu noch nie gehörten und wohl einmaligen Konstellationen führte. Zwar beschäftigt man sich in der Lokalpresse regelmäßig mit dem Wettbewerbsresultat, viele Frankfurter Architekten aber, so sie nicht teilgenommen haben, finden sich mit dem Ergebnis recht emotionslos ab. Die Zeiten sind zu hart, um sich mit Prestigeprojekten zu beschäftigen.

Wie anders war die Stimmung Anfang der 90er Jahre, als mit der Einsetzung eines rot-grünen Magistrats und des Planungsdezernenten Martin Wentz eine Phase des Aufbruchs begann. Die Stadtsoziologengruppe „Urbi et orbi“ veranstaltete in Wentz' Auftrag die Diskussionsreihe zur „Zukunft des Städtischen“, in der renommierte Referenten Planung und ihre Geschichte, Stadträume und -ränder, städtisches Wohnen, Arbeiten und Verkehr reflektierten. Wo Wentz' Vorgänger stets Investorenwünschen entgegen kam, auf Massierung von innerstädtischen Büroraum setzte und etwa das Mertonviertel der Zersiedelung überließ, sollte mit einem Mal nachhaltige Stadtentwicklung in Theorie und Praxis erprobt werden. Unter der Formel „Wohnen und Arbeiten am Fluss“, die internationale Entwicklungen aufgriff, lobte die Stadt eine Reihe von offenen städtebaulichen Wettbewerben auch für bislang eher benachteiligte Stadtviertel wie das Ostend aus. Pilotprojekt war das Deutschherrenviertel am südlichen Mainufer. Über hundert Büros reichten ihre Entwürfe ein, die damals nicht für möglich gehaltene Teilnehmerzahl schreckte in der Folge die Verantwortlichen eher ab. Die Träger des 1. Preises legten eine Konzeption mit bildmächtigen Stadtbausteinen und detaillierten Regeln vor, was mit ein Grund dafür war, dass sich die Vermarktung der Grundstücke lange hinzog. Noch heute sind nicht alle Baufelder bebaut, dennoch funktioniert das neue Viertel als Stadt, wenn auch die architektonische Qualität teilweise äußerst bescheiden ist.

Aller Wettbewerbe und Workshops zum Trotz wurde gerade in der Innenstadt großmaßstäblich gebaut: Die Entwicklung des umzuwiddenden Westhafens, für den Anfang der 90er Jahre in Form einer Public Private Partnership ein Investorenwettbewerb ausgeschrieben worden war, wies den Weg. Als dann der Boom auch für Frankfurt zu Ende ging, Wentz unter immer stärkeren politischen Druck geriet und schließlich 1995 das Amt des Oberbürgermeisters auf die CDU-Frau Petra Roth übergang, war es mit der Euphorie vorbei. Die in immer größere Geldnot geratene Stadt fiel als Bauherr und gestaltender Akteur der Stadtentwicklung aus. Zwar konnte man den Finanzinstituten abringen, für stadtbildprägende Gebäude eingeladene Wettbewerb auszuloben, dennoch kam die Stadt in stets stärker werdende Ab-

hängigkeit von Investoren. Der „Bericht zur Stadtentwicklung Frankfurt am Main 1995“ weist in den Entwicklungsarealen Dichte und Nutzungsmischung aus. Die Realität sieht jedoch gerade in den vom Verwertungsdruck am stärksten betroffenen Quartieren völlig anders aus. Wie ein Fanal wirkte der Streit zwischen Wentz und Roth um die Höhe des zweiten Turms der Dresdner Bank am Rand des Bahnhofviertels: Der damals rechtsgültige Bebauungsplan sah 52 Meter Höhe vor, der Planungsdezernent wollte 120 Meter, die Dresdner mindestens 140 Meter und drohte, andernfalls 1600 Arbeitsplätze ins Umland zu verlagern. Die Oberbürgermeisterin schlug sich auf die Seite der Bank und setzte sich durch. Den beschränkten Wettbewerb des inzwischen fertig gestellten Gebäudes gewann ein Büro, das pikanterweise noch 1990 im von ihm erarbeiteten „Rahmenplan Bahnhofsviertel“ vor weiteren Hochhäusern in diesem Viertel warnte. Von „nachhaltiger Stadtentwicklung“ kann inzwischen keine Rede sein. Das Immobilienkapital in der Bankenstadt will renditeträchtig angelegt werden. Und da werden dann von einem kaum handlungsfähigen Vier-Parteien-Magistrat Baumassen genehmigt, die stets das Todesurteil für den Bestand bedeuten. Wettbewerbe haben so nur noch die Funktion, architektonische Zuckerhütchen zu zaubern. Interessant dabei ist, dass dabei ästhetische Kriterien zunehmend die Oberhand gewinnen. Statt Städtebau will man eine Architekturgalerie unter freiem Himmel. Gerade die Gebäude der Nachkriegsmoderne werden in der Presse vorseilend für „hässlich“ erklärt, der publizistischen Abrissbirne folgt dann fast immer die reale. Zwar warnte Bernard Huet auf dem 3. Internationalen Frankfurter Städtebau-Diskurs 1999 noch vor deutscher „Kollektionitis“, die lieber Gebäude und Stararchitekten sammeln, denn einen funktionierenden Stadtsammenhang schaffen will, gehört hat ihn keiner. Und: Die Stars wie Foster, Rogers, Gehry oder Nouvel sind am Sumpf aus Kostensenkung, Brandschutz, Generalunternehmern und willfähigen Kontaktarchitekten im Gegensatz zu ihren Vorgängern am Museumsufer mehr oder weniger gescheitert. Auch wenn derzeit unter der Oberbürgermeisterin, der es, wie sie öffentlich bekundet, angesichts eines Wettbewerbsergebnisses schon mal „Schuhe und Strümpfe“ ausgezogen habe, und ihrem Pla-

nungsdezernenten Edwin Schwarz nostalgische Hüllen en vogue sind: Der „Frankfurter Fassadismus“ (Dieter Bartetzko) kleidet stets die selben Nutzungen. Und dass es nicht auf historische Redlichkeit ankommt, zeigt neben der intellektuellen Dürftigkeit der meisten Argumente auch die als Wettbewerb getarnte Mehrbeauftragung für das Telekom-Areal, in dem die Rekonstruktion des Palais Thurn & Taxis gefordert war, das – zwei Meter kürzer als das Original – zum Kostüm für Boutiquen und gehobene Restaurants werden soll.

Die heimische Planerzunft gibt dabei nicht immer das beste Bild ab. Des öfteren kommt es zu gegenseitigen öffentlichen Verunglimpfungen von Kollegen, die von den Tageszeitungen gerne aufgegriffen werden. Da lässt sich dann ein Frankfurter Baumeister Schlagzeilen bildend mit „Architekten müssen vom hohen Ross herunter“ zitieren, während ein anderer als „Quadratmeterkönig“ Erwähnung findet. Die wechselseitige Instrumentalisierung von Architekten und Presse hat am Main vor allem den Zweck, Aufmerksamkeit bei Lokalpolitikern und Investoren zu erregen. Von einer Diskussion um aktuelle Fragen des Städtebaus hat man sich weit entfernt. Zwar versucht DAM-Direktorin Ingeborg Flagge mit ihrer Veranstaltungsreihe „Von der Baustelle“ eine Debatte zu initiieren, doch bleibt dies ein im Vergleich zur „Zukunft des Städtischen“ müder Ersatz. Auch der Städtebaubeirat bemüht sich, Akzente zu setzen, doch ist er eine freiwillige, nur beratende Einrichtung. Demzufolge lässt sich auf seinen Sitzungen der Planungsdezernent zumeist vertreten.

Lediglich die Entwürfe der ersten Preisträger von drei der sechs Schulbauwettbewerbe 2001 werden realisiert, der Rest ist verschoben. Vom städtebaulichen Wettbewerb für die Zeil ist nicht mehr viel übrig geblieben. Und in – bisher noch – Einzelfällen wie etwa beim „Bildungszentrum Ost“ nahe der Großmarkthalle, bei dem die Kämmerei ohne fachliche Beratung ein europaweites VOF- und PPP-Verfahren ausgeschrieben hatte, gibt die Stadt die Planungshoheit aus den Händen. Gleichzeitig begibt sie sich in die Abhängigkeit von der Finanzbranche, was sich fatal auswirkt. Die krisengeschüttelten Banken haben in den vergangenen Jahren Tausende Mitarbeiter entlassen. 1,7 Millionen Quadratmeter Bürofläche stehen leer und manch einer sieht für die nä-

here Zukunft Bürobrachen am Main voraus. Der Bau von Hochhäusern wird, obwohl Wettbewerbe stattfanden und die Ergebnisse mit viel Spektakel präsentiert wurden, in den meisten Fällen hintan gestellt. Von einem „Max“ genannten Büroturm, von dem in erster Runde schon ausgeschiedenen Helmut Jahn dann in zweifelhafter Weise gewonnen, hat die Deutsche Bank inzwischen Abstand genommen. Beim Doppelturn für Frankfurter Sparkasse und Württembergische Hypo wartet man trotz Bauvoranfrage weiter ab, beim nicht weit entfernten „Kaiserkarree“ ist der Bauantrag gestellt worden, wann gebaut wird, ist völlig offen. Selbst aus der Immobilienbranche wird berichtet, dass Stimmen zunehmen, die da meinen, die Dominanz der Banken schade dem Standort. Ob die unlängst von Jochem Jourdan vorgeschlagene „IBA Frankfurt Rhein Main“ das Regionalbewusstsein, dessen Mangel auch die Wirtschaft beklagt, stärken wird, ist noch nicht ausgemacht. Der Erfolg dieser Initiative hängt davon ab, ob die Impulse vom Umland ausgehen oder ob sie lediglich Frankfurter Eingemeindungspolitik camoufliert.

Immerhin problematisiert das IBA-Papier die Wohnsituation in Frankfurt. Vom Fehlen qualitätsvoller Wohnungen in den städtischen Zentren ist die Rede, von Zersiedelung im Umland.



Wettbewerbssieger Wolf D. Prix und Lucas Papademos, Vizepräsident der EZB und Juryvorsitzender, nach der Pressekonferenz im DAM.

Foto: Enrico Santifaller, Frankfurt/M.

Pilotprojekte werden gefordert, die neue Wege aufzeigen. Obwohl Roth und Schwarz die Bauausstellungsinitiative begrüßten, verstehen sie Wohnungspolitik doch im Sinne ihrer Klientel: Der Riedberg etwa, als wichtiges Entwicklungsgebiet im Norden ursprünglich mit städtischer Dichte geplant, verkommt zum banalen Einfamilienhäuschenghetto – trotz zweier, zum Teil schon realisierter Landschaftswettbewerbe. Indes sei laut IHK in Frankfurt derzeit ein „verstärktes Angebot“ bei Mietwohnungen festzustellen, während die Nachfrage gleich bleibe – und die Preise ebenso wie die für Büroflächen sinken. Und das wird hoffentlich auch die Mieter im Ostend eine Weile schützen. Trotz der fehlgeschlagenen, weil politisch dann doch nicht gewollten Umwidmung des Osthafens, haben die eingangs erwähnten Wettbewerbe in diesem Stadtviertel die Entwicklung vorangetrieben. Neben Wohnungsbau – gefördertem wie privatem – haben eine ganze Reihe auch architektonisch wertvoller gewerblicher Bauten das Ostend aufgewertet. Seine städtebauliche Struktur stimmt – zumindest derzeit. Die neue Hauptverwaltung der EZB, so logohaft sie auch immer ausfällt, könnte also ein weiterer Baustein in einem funktionierenden Stadtteil sein. Das können viel zu wenige Neubauprojekte in Frankfurt von sich sagen.